



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Innen- und Rechtsausschuss**  
- L 21 -

Kiel, 12. September 2013  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1141  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 5300 4 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## ***Kurzb e r i c h t***

*über die*

### *42. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 11. September 2013,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Innenministers über das **kommunalaufsichtliche Verfahren bezüglich des Erlasses von Gewerbesteuerschulden in Millionenhöhe durch die Landeshauptstadt Kiel** auf Antrag der Abg. Petra Nicolaisen, [Umdruck 18/1710](#), entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zu den Vorlagen zum Thema **Asylrecht weiterentwickeln**, [Drucksachen 18/598](#), [18/656](#) und [18/669](#), ab. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU empfahl er dem Landtag, die aus [Umdruck 18/1370](#) ersichtliche Beschlussempfehlung zu übernehmen und ihr zuzustimmen. Vor dem Hintergrund dieses Beschlusses empfahl der Ausschuss mit Zustimmung der Antragsteller dem Landtag einstimmig, die ursprünglichen Vorlagen in den [Drucksachen 18/598](#), [18/656](#) und [18/669](#) für erledigt zu erklären.

Zum Antrag der Fraktionen von PIRATEN und CDU, **Anonyme Spurensicherung ermöglichen**, [Drucksache 18/605](#) (neu), und dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Regierungsfractionen, [Drucksache 18/664](#), empfahl der Innen- und Rechtsausschuss dem federführenden Sozialausschuss, zusätzlich zu der bereits durchgeführten schriftlichen Anhörung eine gemeinsame mündliche Anhörung durchzuführen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der Stimmen von CDU und FDP sprach der Ausschuss die Empfehlung an den Landtag aus, in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. **Abstrakte Normenkontrolle der Bayerischen Staatsregierung und der Hessischen Landesregierung zur Vereinbarkeit von Vorschriften des Maßstäbengesetzes sowie des Finanzausgleichsgesetzes mit Artikel 107 in Verbindung mit Artikel 20 des Grundgesetzes**, [Umdruck 18/1658](#) (intern), keine Stellungnahme abzugeben.

Vor dem Hintergrund kurzfristig vorgelegter Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Regierungskoalition verschob der Ausschuss seine Beratungen zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Demokratische Grundstrukturen bei Verwertungsgesellschaften**, [Drucksache 18/224](#), auf seine nächste Sitzung. Er nahm in Aussicht, in dieser seine Beratungen abzuschließen und dem Landtag zu seiner September-Tagung eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

Die Ausschussmitglieder kamen außerdem überein, in ihrer nächsten Sitzung auch den Bericht der Landesregierung über die Handhabung des Feiertagsschutzes im Falle des **Osterfeuers der Landjugend in Looft**, Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer, [Umdruck 18/1718](#), auf die Tagesordnung zu nehmen.

Schluss: 15:20 Uhr

gez. Dörte Schönfelder